

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Frederik Lange

Malediven planen Reform des Strafgesetzes

Die Malediven reformieren ihr Strafgesetz und orientieren sich eng an der Scharia. Das 60 Jahre alte Moratorium zur Vollstreckung der Todesstrafe soll damit fallen, selbst Minderjährige können danach verurteilt werden. So will die politische Führung des Inselstaates in Zukunft Todesurteile nicht nur fällen, sondern auch vollstrecken. Diese Urteile wurden und werden auf den Malediven für Verbrechen wie vorsätzlichen Mord und schweren Totschlag verhängt – jedoch ist seit knapp 60 Jahren niemand mehr hingerichtet worden, da der Präsident die Todesurteile stets in lebenslange Haftstrafen umwandelte. Die im März 2014 neu gewählte Regierung schaffte diese Möglichkeit nun im April im Rahmen einer Verschärfung der Strafgesetze ab. Präsident Abdulla Yameen Abdul Gayoom, Halbbruder des ehemaligen langjährigen autokratischen Herrschers Maumoon Abdul Gayoom, sprach schon im Juli 2013 davon, Todesurteile wieder vollstrecken lassen zu wollen. Yameen hatte eine international kritisierte Stichwahl im vergangenen November gegen seinen Rivalen Mohamed Nasheed für sich entschieden. Nasheed war 2008 zum ersten frei gewählten Präsidenten der Malediven nach der 30 Jahre währenden Diktatur Gayooms gewählt worden, räumte aber 2012 nach Unruhen und dem Verlust der Loyalität der Sicherheitsbehörden seinen Stuhl. Der Stichwahl waren weiteres politisches und gesellschaftliches Chaos sowie Unruhen vorausgegangen. Innenminister Umar Naseer kündigte in der maledivischen Zeitung *Minivan News* sogar an, die Vollstreckung von Todesurteilen könne auch auf andere Taten ausgeweitet werden. Der Minister verteidigte die Verschärfung der Strafmaßnahmen damit, dass das Archipel unter überfüllten Gefängnissen infolge einer „lebhaften kriminellen Lebenswirklichkeit“ leide. Selbst sieben Jahre alte Kinder könnten auf den Malediven nun zum Tode verurteilt werden. Bisher galt dort ein Mindestalter von zehn Jahren, um Täter für Kapitalverbrechen, die im Islam *Hadd*-Straftaten genannt werden, zur Verantwortung ziehen zu können. Andere *Hadd*-Straftaten nach Scharia-Recht sind schwerer Diebstahl, Alkoholkonsum, Abfall vom Glauben, Unzucht und außerehelicher Geschlechtsverkehr.

Internationale Reaktionen auf maledivische Strafrechtsreformen

Die internationale Gemeinschaft hat empört auf die Entwicklungen in den Malediven reagiert. Laut *Amnes-*

ty International wurden im vergangenen Jahr 13 Menschen im südasiatischen Inselstaat zum Tode verurteilt, unter ihnen zwei Jugendliche. 20 Verurteilte sitzen derzeit in den Todeszellen und warten entweder auf ihren Berufungsprozess oder auf ihre Hinrichtung durch eine Giftspritze. „Wir appellieren an die Malediven, sich anderen Nationen anzuschließen, die die Menschenrechte akzeptieren, und sofort ein Moratorium auszurufen“, forderte die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*. Auch die Vereinten Nationen zeigten sich „sehr besorgt“. Aus dem Büro von Catherine Ashton, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, hieß es: „Die Todesstrafe ist grausam und unmenschlich. Es ist auch keineswegs bewiesen, dass sie abschreckend auf Verbrecher wirkt.“

AFC droht Malediven mit Ausschluss

Die asiatische Fußball-Konföderation AFC hat die Malediven ermahnt, keine eigenen Ermittlungen zu einem möglichen Ticketskandal einzuleiten. Dem Inselstaat im Indischen Ozean droht sogar ein Ausschluss von internationalen Wettbewerben. „Die Untersuchungen unterliegen dem Rechtssystem der FIFA“, hieß es in einer Mitteilung, mit eigenen Ermittlungen riskierten die Malediven „die Suspendierung von internationalen Turnieren“. Hintergrund ist der Vorwurf von Fans, Offizielle des Verbands hätten Tickets für Spiele des *Challenge Cups* gegen die Philippinen und Afghanistan auf dem Schwarzmarkt verkauft und nur rund 150 Karten in den freien Verkauf gegeben. In die Ermittlungen soll sich auch die maledivische Anti-Korruptions-Behörde eingeschaltet haben.

Deutsches Hilfsprojekt im Kampf gegen Klimawandel

Um der potenziellen Gefahr der Überschwemmung entgegen zu wirken, haben sich die Malediven ambitionierte Klimaziele gesetzt. Bis 2020 sollen die Treibhausgas-Emissionen schrittweise auf null reduziert werden. Im Rahmen eines Projektes der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) installieren Experten auf den Inseln Ungoofaaru und Kudahuvadhoo Solaranlagen sowie einen *Solar Fuel Saver*, ein intelligentes Steuersystem zur Integration von Solaranlagen in Dieselgeneratorennetze. Dies reduziere den Kraftstoffverbrauch sowie den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen.